

Post aus Berlin

Newsletter der
AfD Landesgruppe Bayern
im Deutschen Bundestag



www.afdbayern.de

AfD





Petr Bystron, MdB

Wahlkreis 217: München-Nord

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obmann im Auswärtigen Ausschus
- Designierter Vorsitzender des Unterausschusses Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik
- Stellv. Vorsitzender der Gruppe Dt-CZ-SK-H

@ petr.bystron@bundestag.de

f /bystronpetr

www.petrbystron.de

Frank-Walter Steinmeier: Fehlbesetzung im Präsidialamt

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat nach seinem Glückwunschtelegramm an die iranische Regierung zum 40. Jahrestag der blutigen islamischen Revolution einen Shitstorm im Internet geerntet. Doch die „herzlichen Glückwünsche ... auch im Namen meiner Landsleute“ waren nur der Gipfel einer langen Serie von diplomatischen Fehlritten des SPD-Politikers und einstigen Schröder-Zögling.

Dass Steinmeier keine Berührungsängste zu den Mullahs im Iran hat, bewies er noch als Außenminister. Zusammen mit der Obama-Regierung war er eine treibende Kraft beim Iran-Abkommen, welches dem Mullah-Regime 150 Milliarden US Dollar für ihre Terrorkriege in die Kassen spülte, darunter 1,7 Milliarden Dollar in Bargeld, mit dem sie seitdem im Jemen Krieg führen. Wie CNN berichtet schickte die Obama-Regierung u.a. am 16.1.2016 ein Transportflugzeug mit 400 Millionen Dollar in Bar nach Teheran. Nur einer der Gründe, aus dem das Iran-Abkommen seitdem von Trump und Netanjahu angeprangert wird.

Auch sonst agierte Steinmeier gegen die Interessen Deutschlands. Als Außenminister war eine treibende Kraft hinter dem Assoziie-

rungsabkommen mit der Ukraine. Der ehemalige Präsident der Ukraine Viktor Janukowitsch wirft Steinmeier vor, ihn am 21.2.2014 mit dem polnischen und französischen Außenminister „in eine Falle gelockt“ und zum Rücktritt gedrängt zu haben. Damit wurde der Zerfall des Landes eingeleitet, der bis heute nicht aufgefangen werden konnte.

In der Grenzöffnungskrise von 2015 stellte sich Steinmeier konsequent auf die Seite der Grenzöffner, kritisierte den Zaunbau von Viktor Orbán und die Schließung der Balkanroute durch die Westbalkanstaaten. Ginge es nach Steinmeier, wären die Grenzen immer noch offen.

Und nun also das Iran-Telegramm. Steinmeier ging über die 273 Hinrichtungen im Iran im vergangenen Jahr hinweg, über die Homosexuellen, die an Baukränen aufgehängt werden. Er ignorierte die gewaltsame Niederschlagung von Demonstrationen, von der Grünen Revolution 2011 bis zum Januar 2018, als die Bundesregierung wieder Mal schwieg. Er pfiff auf die vergewaltigten Frauen, die für ihre Unzucht hingerichtet werden, ebenso wie auf die mutigen Frauen, die im Iran das Kopftuch ablegen und dabei riskieren, verhaftet und eingesperrt zu werden.



Peter Felser, MdB
Vize-Fraktionsvorsitzender

Wahlkreis 256: Oberallgäu

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Ordentliches Mitglied
 - Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
- Stellv. Mitglied
 - Verteidigungsausschuss

@ peter.felser@bundestag.de

f /peterfelserafd

www.peterfelser.de

Ein zeitgemäßes Konzept für den Wald muss her!



Der Februar stand im Zeichen unseres deutschen Waldes. Als Forstpolitischer Sprecher der AfD - Bundestagsfraktion befasste ich mich ausgiebig mit einem neuen, durch uns erstelltem, Konzept zur weiteren Bewirtschaftung der Wälder.

Welcher Punkt steht für uns dabei auf oberster Ebene unseres politischen Auftrages?

Mit der Stärkung von Waldbesitzervereinigungen und Forstbetriebsgemeinschaften möchten wir Klein- und Kleinstprivatwaldbesitzern besondere Beachtung schenken. Eine gute, fachkompetente Beratung und eine gerechte, unbürokratische Förderstruktur erscheint mir für unsere Waldbauern wichtiger denn je.

Aber auch der Staatswald wurde durch uns genauer unter die Lupe genommen. Der Altersdurchschnitt beim deutschen Forstpersonal entspricht der demografi-

schen Gesamtentwicklung Deutschlands und muss jetzt zeitnah verjüngt werden. Wir fordern die Einstellung und Ausbildung von jüngerem Forstpersonal zur nachhaltigen Bewältigung von zukünftigen Bewirtschaftungsaufgaben.

Die Anpassung der Schalenwildbestände und die weitere Forcierung des Waldumbaus und viele weitere, wichtige forstpolitische Ansatzpunkte haben wir in einem forstpolitischen Leitbild für die AfD zusammengefasst, was demnächst auch vervielfältigt und veröffentlicht wird.

Im März steht unsere Fraktionsklausur auf der Agenda, in der wir Gelegenheit haben detailliert auf einzelne Themenbereiche einzugehen und einen gemeinsamen Weg zu diskutieren und zu beschließen.

Gut gestimmt grüßt euch

Euer Peter Felser



Johannes Huber, MdB

Wahlkreis 214: Freising, Pfaffenhofen, Schrobenhausen

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Petitionsausschuss (Obmann)
- Ausschuss für Familie, Jugend, Senioren und Frauen
- Kinderkommission
- Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft (Stv.)
- Schriftführer im Bundestag

 @HuberMdB

 /Johannes.Huber.AfD

@ johannes.huber@bundestag.de

Für eine ideologiefreie Kinder- und Jugendhilfe



Im Bundestag wehrt sich die AfD in der Debatte um Kinderrechte, damit Eltern und ihre Kinder nicht gegeneinander ausgespielt werden. Es ist ein Skandal, dass die Bundesfamilienministerin Giffey eine Broschüre fördert, um in Kitas an einer Gesinnungskontrolle von Eltern zu „arbeiten“, wie es die Amadeu-Antonio-Stiftung im Bundestag ausdrückte. Genauso lehnen wir den Vorschlag der Grünen ab, Kinder zu eigenständigen Leistungsberechtigten mit Antragsrecht zu machen, weil damit familiäre Bindungen aufgelöst werden. Aber die Zugriffsmöglichkeiten der Grünen auf Kinder sollte man sowieso begrenzen! Wer Kinder und Jugendliche in Deutschland, wo die Erfolgschancen für Kinder mit am stärksten vom Status der Eltern abhängen, wirklich stärken will, der muss zuerst die Eltern von der Steuerlast und der Zeitknappheit entlasten. Auch in der Kinderkommission kann ich erkennen,

wie für Inklusionsträumereien den Altparteien sogar behinderte Kinder nicht zu schade sind, sie für ihre sozialistische Ideologie einzusetzen. Dabei bekommen Kinder in einem gestuften Schulsystem mit Förderschulen passgenau die Förderung, die sie benötigen. Immerhin hat die GroKo erkannt, dass asylsuchende Kinder und Jugendliche „in Aufnahmeeinrichtungen wieder Gewalt erfahren müssen“. Suchen wir die Ursache, so landen wir bei den angeblich qualifizierten Fachkräften doch bei vielen, die eher qualifiziert mit Messern umgehen können. Wer während des Asylverfahrens in und außerhalb einer Aufnahmeeinrichtung Gewalt gegen Kinder und Jugendliche verübt, der muss unverzüglich abgeschoben werden. Erst dann hat der Kinder- und Jugendschutz in Deutschland eine Zukunft.



Rainer Kraft, MdB
Landesgruppenchef

Wahlkreis 253: Augsburg-Land

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obmann
 - Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung
- Ordentliches Mitglied
 - Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
 - Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

@ rainer.kraft@bundestag.de

f dr.rainer.kraft/

🐦 @Dr_Rainer_Kraft www.rainer-kraft-mdb.de

GRÜNE und LINKE Export- und sonstige Verbote

Die GRÜNEN und die LINKEN haben im Februar einmal mehr versucht, auf ein generelles Verbot zumindest des Exportes von nuklearem Brennstoff ins Ausland, am besten aber des kompletten Verbotes der Herstellung in Deutschland zu hinzuwirken. Des Weiteren wollten die GRÜNEN die Bundesregierung zwingen, auf eine Stilllegung zweier Reaktoren in Belgien (!) hinzuwirken. Begründet wird dies unter anderem mit den Aussagen selbsternannten Nuklearexperten, die sich in staatlich querfinanzierten Nichtregierungsorganisationen tummeln, hier in der INRAG. Deren 'Experten' liefern sowohl für Greenpeace als auch für die GRÜNEN mundgegebene Gutachten und Expertisen.

Vor diesem Hintergrund werden nun von den Betreibern selbst festgestellte geringfügige Mängel, die von der belgi-

schen Aufsichtsbehörde FANC geprüft worden sind, als Kriterium herangezogen die Anlagen in der Öffentlichkeit als 'marode Schrottreaktoren' zu bezeichnen und die Stilllegung eines Wirtschaftszweiges, der europäischen Lieferverträge erfüllt, zu fordern. Es wird gehofft, damit den Betreibern den Brennstoff zu entziehen. Angesichts des weltweiten Angebotes an Herstellern dürfte dies aber nicht gelingen und die belgischen Betreiber werden sich anderweitig umschauchen. Am Ende steht also der Arbeitsplatzverlust in Deutschland, eine zerrüttete Beziehung zu Belgien ob der Einmischung in die innere Energieautonomie, sowie das Risiko, dass durch Verwendung qualitativ schlechterer Brennstäbe (z.B. Plutonium-Uran Mischoxid) das Restrisiko sogar noch steigt.



Martin Hebner, MdB

Wahlkreis 224: Starnberg – Landsberg am Lech

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Ordentliches Mitglied
Petitionsausschuss
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
- Stellvertretendes Mitglied
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Stellv. Delegierter im Europarat



/HebnerMartin



@ martin.hebner@bundestag.de



Fraktionsgründung im Europarat

21. Januar 2019, Straßburg, Gebäude des Europarats, 9 Uhr. Fünf Personen stehen im Sekretariat des Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung des Europarates. ‚Wir wollen eine Fraktionsgründung anmelden‘ heißt es. Völlige Überraschung! Man ruft den Vorgesetzten. Der Vorgesetzte ruft den nächsten und schließlich stehen wir im Büro des Präsidenten. An die Frage ‚Was wollen Sie?‘ und das ungläubige Kopfschütteln hatten wir uns inzwischen gewöhnt. Nur der Präsident hatte keinen mehr, an den er unser Anliegen weiter geben konnte. Wir erhalten den ersten Eingangsstempel.

Wie kam es dazu?

Der Europarat entstand vor dem EU Parlament. Vertreter aller europäischen Länder behandeln aktuelle politische Fragen der Zusammenarbeit.

Ich bin einer von vier Vertreter der AfD. Seit einem Jahr knüpfen wir Kontakte zu Mitgliedern anderer Ländern für eine gemeinsame Fraktion. Der Nutzen ist einfach: Mehr Redezeit, Mitarbeiter, Räume und damit Einfluss.

Die Gespräche erfolgen natürlich in Einverständnis mit Hrn. Meuthen. Unsere Fraktionsgründung ist ein Hinweis auf die spätere Fraktion ab Mai im EU Parlament.

Am 18. Dezember 2018 erfolgte in Mailand, im Hauptquartier der Lega, die Unterzeichnung der Gründungsurkunden mit 20 Vertretern aus sechs Ländern, u.a. FPÖ, Lega und AfD. Delegierte aus anderen Ländern warten noch, ob unsere Gründung tatsächlich ein Erfolg wird. Denn der Widerstand ist erheblich.

Zurück in die Woche ab dem 21.01. Wir bekommen vom Präsidenten der Versammlung verschiedene formale Einwände. Unser Vorgehen in Straßburg: Ad hoc Einberufung einer Mitgliederversammlung, Korrektur und zurück zum Präsidenten. Das Ganze drei mal. Dann hatten wir Ruhe. Jetzt geht es in die nächste Runde, eine Anhörung in Paris. Man – konkret die Altparteien – lädt uns zu einer Inquisition, ob wir tatsächlich mit den Zielen des Europarats übereinstimmen.

Die Anhörung ist am 28.02. in Paris. Fortsetzung folgt!



Hans-Jörg Müller, MdB
Parlament. Geschäftsführer

Wahlkreis 225: Traunstein

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Ordentliches Mitglied
- Ausschuss für Wirtschaft und Energie

@ hansjoerg.mueller@bundestag.de

f /MdB.Mueller

Liebe bayerische AfD-Mitglieder,

Linksextremismus ist eines der Themen, welches bei den im Bundestag vertretenen Altparteien keine Erwähnung findet und auch nicht als existierende Gefahr angesehen wird.

Daher konnte ich mit großer Freude Herrn Christian Jung zum Thema „Linksextremismus: Die Spur führt in den Bundestag“ als Referenten im Deutschen Bundestag begrüßen.

Christian Jung kennt die Zusammenhänge zwischen dem seit Jahrzehnten schleichend aufgebauten Linksstaat, der darauf basierenden politischen Indoktrination in Sachen Gender, Multikulti und sozialistischer Gleichmacherei bis hin zu den kriminellen Auswüchsen dieser Ideologie.

Sein Wissen stammt aus seiner beruflichen Laufbahn in Münchens Ausländerbehörde und aus seiner Tätigkeit als freier Journalist.

In seinen Ausführungen zeigte er die Finanzierung und die Allianzen der links-extremen Szene mit Altparteien.

Seine Expertisen werden dabei unterstrichen durch seine Tätigkeit als Sachverständiger in der Enquete Kommission Linksextremismus im Landtag von Sachsen-Anhalt.

Die Gäste des Vortrages konnten in den Ausführungen von Christian Jung anschaulich die Finanzierung sogenannter Demokratievereine sowie die Zusammenarbeit dieser mit der Antifa und der etablierten Politik im Fokus betrachten. Die Steuer zahlenden Bürger werden zwangsverpflichtet, über ihre Abgaben

Linksextremisten mit zu finanzieren, die anschließend in der Allianz mit Altparteien den bürgerlichen Lebensraum zerstören. Ich verglich dieses unglaubliche Prinzip in der Anmoderation damit, dass die Kuh erst gemolken wird und dann auch noch ihren Metzger selbst zu bezahlen hat. Wir halten aktiv gegen, dazu gibt es unsere AfD.

Mit freundlichen Grüßen
Euer Hansjörg Müller
Parlamentarischer Geschäftsführer

*Auf dem Bild von links nach rechts:
Hansjörg Müller, MdB
Christian Jung
Peter Boehringer, MdB*





Tobias Peterka, MdB
stellv. Landesgruppenchef

Wahlkreis 237: Bayreuth

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Stellv. Vorsitzender
 - Unterausschuss Europarecht
- Ordentliches Mitglied
 - Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
 - Mitglied im Fraktions-Arbeitskreis Wahlrechtsreform

@ tobias.peterka@bundestag.de

/tobiasmpeterka

/tobiaspeterka



Anfang Februar fand eine zweitägige Reise des Unterausschusses Europarecht in das Epizentrum des EU-Regulierungswahns statt. Grundsätzlich muss ein solcher Kontrollgang sehr viel öfter stattfinden, sieht man doch den Elfenbeinturm wirklich einmal aus der Nähe. Während merkwürdig viele Außenscheiben im „Regierungsviertel“ von außen beschädigt sind und anscheinend auch länger bleiben, herrschen in den Gebäuden der Kommission zwei Dinge vor: leere Gänge und fehlende Simultanübersetzer, wenn diese eigentlich wochenlang bestellt waren. Ein denkwürdiger Augenblick tief in den Gängen war, als Juncker persönlich an uns vorbeihuschte. Vorne drei Security-Leute, hinten drei. Und ja, er lief sehr unsicher. Wahrscheinlich der Ischias.

Gespräche fanden statt mit Kommissionsvize Timmermans, Justizkommissarin Jourova sowie der Beamtenebene und

einigen Abgeordneten. Von den Beamten brav angegangen wird der Aufbau einer europäischen Staatsanwaltschaft, auch wenn man politischen Fragen tunlichst auswich. Alles, was die „Staatlichkeit“ der EU vorantreibt, ist natürlich aus AfD-Sicht strikt zu bekämpfen. Die Abgeordnete der Piratenpartei Reda sprach sich zu den Themen Verbandsklage und Whistleblower-Schutz (Meldung von EU-Rechtsverstößen) gleich dafür aus, doch alle zivilgesellschaftlichen „Missstände“ jederzeit anprangern zu dürfen und zu müssen. Gemeint natürlich u.a. die AfD. Strafverfahren gegen Ungarn und Polen wurden stolz präsentiert. EU-Steuern propagiert. Interessanter war ein Gespräch mit dem Dt. Vertreter bei der EU über den Brexit. Man hofft zähneklappernd auf einen Kompromiss. War aber Kritik offen.



Stephan Protschka, MdB

Wahlkreis 230: Rottal-Inn

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Obmann im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
- Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Umwelt Naturschutz und nukleare Sicherheit
- Stellvertretender Sprecher „Gruppe Heimatvertriebene, Aussiedler und Deutsche Minderheiten“
- Mitglied des Sudetendeutschen Rates

@ stephan.protschka@bundestag.de

f /protschka.stephan

www.stephan-protschka.de

Umweltschutz ist nicht Klimaschutz!



Pünktlich zum Jahresanfang wurde die Republik wieder einmal durch emotional aufgeblasene Themen zum Klimawandel und Umweltschutz durchgeschüttelt, sei es mit dem „Volksbegehren Bienen“ oder mit Gretchen Thunbergs „FridaysForFuture“.

Faktenresistenz scheint ein verbreitetes Phänomen in mittlerweile jeglicher grünen Diskussion zu sein. Millionen von Bayern unterschreiben ein Volksbegehren zu ausbleibenden Bienen, und das mitten im Winter und sehen schon den Untergang des gezielten Abendlandes. Die Hysterie wird durch falsche Zahlen und fragwürdige Statistiken befeuert. Ja es gibt scheinbar tatsächlich weniger Insekten in Deutschland. Aber wer hat sich ernsthaft über die Ursachen Gedanken gemacht? Gern werden die Insektizide als Ursache benannt. Dabei ist der Einsatz über Jahrzehnte konstant geblieben. Die Monokulturen für Biogasanlagen und Windkraftträder, die nicht nur Insekten, sondern auch Vögel schredden, sind vollkommen ausgeblendet worden. Was lieben aber Insekten? Stinkende Berge von organischen Abfällen, die aber aufgrund von vieler feinen Nasen

nun luftdicht abgepackt gelagert sind. Am Ende wird es wieder der kleine Landwirt sein, der unter neuen Auflagen und zum Teil sogar Enteignungen leiden wird. Aber das gute grüne Gewissen scheint es vielen wert zu sein.

Wir als AfD stellen daher uns offen der Frage: Wie viel grüne Ideologie kann sich unser Land noch leisten? Daher tragen wir Anträge ins Plenum, welche auf einen ausgewogenen Umweltschutz setzen, gleichzeitig die Landwirte nicht unnötig belasten. Solche Lösungsansätze sind sehr wohl möglich, wurden aber von den regierenden Parteien, und von den Grünen erst recht, immer verworfen.

Wir als AfD bleiben aber dabei: Wir wollen unsere Umwelt erhalten und sind überzeugt, dass Umweltschutz Heimatschutz ist. Das hat aber nichts gemein mit dem propagierten Klimaschutz. Denn das Klima ist kein statisches System, was schützbar wäre. Wir halten uns an Fakten. Diese können trocken, schnöde und langweilig sein.

Aber sie bringen unsere Republik voran.



Martin Sichert, MdB

Wahlkreis 244: Nürnberg-Nord

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Ordentliches Mitglied
Ausschuss für Arbeit und Soziales

@ martin.sichert@bundestag.de

f /sichertmartin

Pflegekinder brauchen besonderen Schutz



Wir Abgeordnete der AfD im Bundestag verstehen uns als Sprachrohr und verlängerter Arm der Bürgerinteressen und setzten uns ein, tatsächlich etwas zu bewegen. Ein Beispiel zeigt, wie schnell Bürgeranliegen in der Plenarsitzung landen können:

Im Bürgergespräch am Wochenende erfuhr ich von der Ungerechtigkeit, dass Kinder und Jugendliche in Heimen oder bei Pflegefamilien 75 Prozent ihres Einkommens an den Staat abführen müssen. Eine völlig falsche Anreizsetzung, mit der die jungen Menschen lernen, dass sich arbeiten nicht lohnt. Selbstständigkeit und Fleiß müssen gerade bei Jugendlichen aus schwierigen Verhältnissen gefördert und belohnt werden.

Das Anliegen nahm ich Montag mit nach Berlin und beauftragte meine wissenschaftlichen Mitarbeiter mit der Recherche aller relevanten Informationen zu dem Thema. Im Lauf der Woche erarbeitete ich in Zusammenarbeit mit meinen Mitarbeitern einen Antrag dazu, den Pflegekindern ihr Einkommen komplett zu lassen. Am Montag der Folgeweche

trug ich den Antrag im Arbeitskreis der AfD Fraktion für Arbeit und Soziales, am Dienstag im Arbeitskreis für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vor und diskutierte mit den anderen Abgeordneten. In beiden Arbeitskreisen erhielt der Antrag große Zustimmung.

In der Folge wurde mir seitens des Arbeitskreises Familie sogar ein Redebeitrag im Plenum des Bundestags am Donnerstag gewährt, so dass ich die Öffentlichkeit auf das Thema aufmerksam machen konnte. Der Antrag geht nun über die Arbeitskreise in die Mittagsrunde der Arbeitskreisleiter und von dort in die Fraktion. Nach der Verabschiedung dort kommt er dann als offizieller Antrag der AfD-Fraktion in den Bundestag.

Ich freue mich, dass sich nun weitere Bürger an mich gewandt haben, um über die Lage der Kinder von Hartz IV Familien zu sprechen. So wird aus einem Thema schnell das nächste. Aber genau das ist meine Aufgabe: als Bürgervertreter die Anliegen der Menschen in die Politik zu bringen und die Weichen für Veränderung zu stellen.



Wolfgang Wiehle, MdB

Wahlkreis 219: München-Süd
Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Petitionsausschuss
- Schriftführer
- 2. Sprecher im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur

@ wolfgang.wiehle@bundestag.de

f /W.Wiehle

www.wolfgang-wiehle.de



Düstere Vorboten: Kommt die Umerziehung in der Verkehrspolitik?

Die ARD gibt über 100.000 Euro aus, um sich eine Propagandabroschüre schreiben zu lassen. „Framing“ können aber auch andere. Scheinbar harmlos klingt es in etwa, wenn die Grünen die Eisenbahn fördern wollen. Wer ihre Forderungen genauer liest, merkt schnell: es soll ein grüner Nanny-Staat errichtet werden, der dem Bürger vorgibt, welches Verkehrsmittel er nimmt!

Das Auto jedenfalls nicht. Ab 2025 soll so der Fernstraßenbau eingestellt werden. Diesel soll wie Benzin versteuert werden und eine CO₂-Steuer kommt dazu: auf einen Schlag 30 Cent mehr. So werden Bahn und Straße gegeneinander ausgespielt, aber nichts wird besser!

So eine Bürger-Umerziehung droht nicht nur von den Grünen. Auch Union und SPD wollen eine „Verkehrswende“ nach links – immer mit der Klimapolitik auf den Lippen!

Richtig wäre es, Straße und Schiene optimal zu verknüpfen, damit jeder Verkehrsträger seine speziellen Stärken einbringen kann. Die Straße ist gut in der flexiblen Versorgung in der Fläche, die Bahn bei großen Verkehrsmengen oder langen Strecken.

Kooperation der Verkehrsträger und Wettbewerb bei freier Entscheidung der Kunden: so muss die Lösung aussehen. So schafft man ein zukunftsfähiges Verkehrssystem – mit den Bürgern und nicht gegen sie!

Die AfD will erreichen, dass die Bürger aus Überzeugung mit der Bahn fahren, wenn es für sie die bessere Entscheidung ist – aber nicht, weil sie sich kein Auto mehr leisten können oder weil sie nicht mehr durch die gewollten Staus kommen, und sich dann mit der geballten Faust in der Tasche in einen überfüllten Waggon zwingen.

**Gefällt Ihnen unser
Newsletter?**

Wir freuen uns über Ihr Feedback unter:
landesgruppe@afdbayern.de



Politik für Deutschland
AfD Bayern im Bundestag